



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

45/2013 08.11.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer



Neu:

Barbara Leitl-Staudinger

[Einführung ins öffentliche Recht](#)

Das Lehrbuch „Einführung ins öffentliche Recht“ stellt das österreichische Verfassungs- und Verwaltungsrecht in seinen Grundzügen und unter Bedachtnahme auf die unionsrechtlichen Zusammenhänge dar und berücksichtigt bereits das Recht der Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012. 28,- EUR, 4. Auflage, 226 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2013, ISBN 978-3-902883-09-4

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 334/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit über die Programme zur Überwachung bestimmter Krankheiten bei Rindern (**Rindergesundheits-Überwachungs-Verordnung**)

[BGBl II 335/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die Curricula der Pädagogischen Hochschulen (**Hochschul-Curriculaverordnung 2013 – HCV 2013**)

[BGBl II 336/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, mit der die **Hochschul-Zulassungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 337/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit über den **47. Nachtrag zum Arzneibuch**

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 293 v 05.11.2013, 1](#)

Beschluss Nr 1082/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zu **schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren** und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 2119/98/EG

[ABI L 294 v 06.11.2013, 1](#)

Richtlinie 2013/48/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 über das Recht auf **Zugang zu einem Rechtsbeistand in Strafverfahren** und in Verfahren zur Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls sowie über das **Recht auf Benachrichtigung eines Dritten** bei Freiheitsentzug und das **Recht auf Kommunikation mit Dritten und mit Konsularbehörden während des Freiheitsentzugs**

[ABI L 294 v 06.11.2013, 13](#)

Richtlinie 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Harmonisierung der Transparenzanforderungen** in Bezug auf Informationen über **Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind**, der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, sowie der Richtlinie 2007/14/EG der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2004/109/EG

[ABI L 295 v 06.11.2013, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 1051/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 562/2006 zwecks Festlegung einer **gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen**

[ABI L 295 v 06.11.2013, 11](#)

Verordnung (EU) Nr 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Errichtung eines **Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR)**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

12.09.2013, [G 114/2012](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; Unzulässigkeit des Individualantrags eines Arztes auf Aufhebung einer an Sozialversicherungsträger adressierten Bestimmung des ASVG über den **bei Abschluss von Verträgen maßgeblichen Großgeräteplan** mangels unmittelbaren Eingriffs in die Rechtssphäre des Antragstellers

12.09.2013, [G 64/2013](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; Unzulässigkeit eines Individualantrags von Interessenvertretungen auf Aufhebung von Bestimmungen des ASVG betreffend die **Gleichstellung bloß bestimmter gehobener medizinisch-technischer Dienste mit der ärztlichen Hilfe** und der damit einhergehenden Erstattungsfähigkeit mangels unmittelbarer Betroffenheit der Rechtssphäre der antragstellenden Parteien

12.09.2013, [U 1053/2012](#), [U 2346/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Asylantrags eines staatenlosen Palästinensers und Ausweisung in den Libanon wegen objektiver Willkür infolge Verkennung der durch

die Rechtsprechung des EuGH geklärten Rechtslage; Unterlassung der Prüfung eines etwaigen Vorliegens des „**ipso facto**“-Schutzes der **Statusrichtlinie**

12.09.2013, [U 1842/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan mangels **Feststellungen zur Sicherheitslage** in seiner Heimatprovinz Paktia bzw mangels Auseinandersetzung mit der **angenommenen innerstaatlichen Fluchialternative** in Kabul

12.09.2013, [U 1963/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Ausweisung des – während des Großteils des Verfahrens minderjährigen – Beschwerdeführers in die Russische Föderation infolge **verfassungswidriger Interessenabwägung**

12.09.2013, [U 2679/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Ausweisung des Beschwerdeführers nach China mangels **konkreter Ermittlungen zur privaten Situation** des Beschwerdeführers im Hinblick auf eine mögliche Beschäftigungsbewilligung und eine damit einhergehende **Erwerbstätigkeit bzw Selbsterhaltungsfähigkeit**

12.09.2013, [U 2770/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Ausweisung des Beschwerdeführers nach Pakistan mangels Auseinandersetzung mit der Frage des **Vorliegens einer geschützten familiären bzw Eltern-Kind-Beziehung** zwischen dem Beschwerdeführer und seinem kranken und pflegebedürftigen österreichischen Vater

13.09.2013, [U 370/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan mangels ausreichender Ermittlungen im Hinblick auf die **Zumutbarkeit der Übersiedlung** nach Kabul; Abweisung der Beschwerde hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status eines Asylberechtigten; zutreffende Annahme des **Nichtvorliegens asylrelevanter Fluchtgründe**

13.09.2013, [U 1097/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung subsidiären Schutzes und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan infolge Unterlassung von Ermittlungstätigkeiten hinsichtlich der **Zumutbarkeit der Rückkehr** des Beschwerdeführers in seine Herkunftsprovinz Nangarhar

13.09.2013, [U 1513/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan mangels **Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage** in seiner Heimatprovinz Daikondi bzw mit **familiären und sozialen Anknüpfungspunkten** in Kabul

13.09.2013, [U 1683/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags eines somalischen Staatsangehörigen auf internationalen Schutz wegen völligen **Ignorierens des Parteivorbringens**

17.09.2013, [W I 1/2013](#)

Ktn LandtagswahlIO; Anfechtung der Ktn Landtagswahl durch das BZÖ; keine rechtswidrige **Wertung eines Stimmzettels** als ungültig mangels Existenz des beschriebenen Stimmzettels; keine Verletzung im Recht auf **Entsendung einer**

Vertrauensperson mangels Nominierung einer solchen; keine Verletzung im **Recht zur Teilnahme an der Wahl** durch Verweis zweier Wähler an das richtige Sprengelwahllokal

18.09.2013, [G 62/2010](#)

Tir GrundverkehrsG; teils Zurück-, teils Abweisung eines Drittelantrags von Mitgliedern des Tiroler Landtages auf Aufhebung von Bestimmung des Tiroler Grundverkehrsgesetzes über den „**grünen Grundverkehr**“; keine Unsachlichkeit; kein Verstoß gegen das Determinierungsgebot, keine verfassungswidrige Inländerdiskriminierung; Unzulässigkeit des Antrags hinsichtlich außer Kraft getretener sowie zwischenzeitig novellierter Bestimmungen

23.09.2013, [B 878/2012](#), [B 1010/2012](#), [B 1332/2012](#), [B 1473/2012](#), [B 1510/2012](#), [B 65/2013](#)

UniversitätsG; Anlassfälle zu VfGH vom 23.09.2013, [G 35/2013 ua](#), [V 32/2013 ua](#)

01.10.2013, [G 2/2013](#)

StPO; Verletzung im Grundrecht auf Datenschutz durch die **Weiterverwendung von in einem Strafverfahren ermittelten Daten** iSd § 140 Abs 3 StPO; die Bestimmung ist zu pauschal und zu weitreichend und aus diesem Grund unverhältnismäßig und daher als verfassungswidrig aufzuheben

01.10.2013, [B 1208/2012](#)

Wr Landes-SicherheitsG; **SicherheitspolizeiG**; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Bestrafung des Beschwerdeführers wegen **aufdringlichen Bettelns** sowie wegen Störung der öffentlichen Ordnung durch besonders rücksichtsloses Verhalten mangels Auseinandersetzung mit dem **Verhältnis der Tatbestände des Wiener Landes-Sicherheitsgesetzes und des Sicherheitspolizeigesetzes** trotz identen Tatvorwurfs

01.10.2013, [B 45/2013](#)

Vlbg SittenpolizeiG; keine Bedenken gegen die im Vorarlberger Sittenpolizeigesetz vorgesehene **Bewilligungsbeschränkung für Bordelle**; Verletzung des Beschwerdeführers im Recht auf Freiheit der Erwerbsbetätigung durch Abweisung des Antrags auf Vorprüfung der Bewilligung zur Errichtung eines Bordells in Hohenems wegen Nichtvorliegens von – durch gewerbsmäßige Unzucht hervorgerufenen – Störungen; verfassungswidrige Auslegung des Begriffs „Störungen“ mangels ausreichender Berücksichtigung der illegalen Wohnungsprostitution

03.10.2013, [SV 1/2013](#)

Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion; teils Zurück-, teils Abweisung eines Antrags von Nationalratsabgeordneten auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (VSKS); es ist verfassungsrechtlich zulässig, das **Stimmverhalten eines Bundesministers** in einem internationalen Organ durch eine staatsvertragliche Regelung zu bestimmen, die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Nationalrates gegenüber einem Mitglied der Bundesregierung bleiben davon unberührt; der VSKS ist ein **völkerrechtlicher Vertrag außerhalb des Unionsrechts**, weshalb der Abschluss nicht der für Unionsverträge vorgeschriebenen 2/3 Mehrheit im Nationalrat bedurfte; die **Übertragung von Zuständigkeiten an Organe der Europäischen Union** übersteigt nicht den Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen; dass auch der „einfache Gesetzgeber“ weitreichende Festlegungen mit budgetären Konsequenzen treffen kann, ist im demokratisch-parlamentarischen System des B-VG seine politische Gestaltungsaufgabe und nicht allein einer „Verfassungsmehrheit“ vorbehalten

03.10.2013, [U 642/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander sowie im Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung der – aus Tschetschenien stammenden Beschwerdeführerin – in die Russische Föderation mangels nachvollziehbarer **Beurteilung der Glaubwürdigkeit** der Beschwerdeführerin sowie infolge Unterlassung der Durchführung einer mündlichen Verhandlung

B. Verwaltungsgerichtshof

26.09.2013, [2011/07/0094](#)

AbfallwirtschaftsG; AVG; Zurückweisung eines Antrags auf Genehmigung der Errichtung und des Betriebes einer **Behandlungsanlage** unter Hinweis auf § 13 Abs 3 AVG; die maßgebliche Sach- und Rechtslage ist im Zeitpunkt der Erlassung des mit Berufung angefochtenen Bescheides zu beurteilen; die Behebung des zu der Zurückweisung des Anbringens führenden Mangels kann im Berufungsverfahren nicht mehr nachgeholt werden; aufgrund **mangelnder Eigentümeridentität** der betroffenen Grundstücke ist die **Notwendigkeit einer Zustimmungserklärung** gegeben

26.09.2013, [2011/07/0095](#)

AbfallwirtschaftsG; für einen Behandlungsauftrag gem § 73 Abs 1 AbfallwirtschaftsG ist es Voraussetzung, dass eine **abfallrechtswidrige Handlung** in zurechenbarer Weise gesetzt wird; dass die Bf jeweils ein anderes Unternehmen mit dem Gebäudeabbruch bzw der Entsorgung der Abfallmaterialien beauftragt und somit insoweit die Tätigkeit des Subunternehmers veranlasst (mitveranlasst) haben, reicht für die **Begründung einer Haftung** nicht aus; ob die Bf Besitzer der Abfallmaterialien gewesen sind, ist insofern unbeachtlich, als sie eine fortdauernde Verantwortlichkeit in der Kette der Abfallbesitzer gerade nicht trifft

26.09.2013, [2011/07/0111](#)

WasserrechtsG; Verhängung einer Geldstrafe wegen der Abgabe einer zu geringen Pflichtwassermenge; die **Beweiswürdigung** ist der **Kontrolle durch den VwGH** nur dahin unterworfen, ob der maßgebende SV ausreichend ermittelt wurde und ob die hiebei angestellten Erwägungen schlüssig sind; der VwGH prüft sie darüber hinaus nicht auf ihre Richtigkeit

26.09.2013, [2011/07/0187](#)

WasserrechtsG; Entziehung der wasserrechtlichen Bewilligung zum Betrieb einer Kleinwasserkraftanlage auf Grund der wiederholten Nichteinhaltung von Bescheidaufgaben; im Hinblick auf den Charakter der Entziehung der wasserrechtlichen Bewilligung als ultima ratio und letztes Mittel und in Entsprechung des Verhältnismäßigkeitsprinzips wäre es geboten gewesen, vor Erlassung des angefochtenen Bescheids die Bewilligungsfähigkeit des Einbaues dieses Dotationsrohres (bzw die Möglichkeit der Erteilung eines wasserpolizeilichen Auftrages gemäß § 138 Abs 2 WRG 1959) zu prüfen

26.09.2013, [2013/07/0062](#)

AVG; eine Bindung gem § 66 Abs 2 AVG besteht auch bei Aufhebung eines (verfahrensrechtlichen) Zurückweisungsbescheids; tragender Grund der Aufhebung war die von der belangten Behörde vertretene Rechtsansicht, der Antrag sei von einer „Nichtpartei“ gestellt worden und sei daher von der Erstbehörde mangels Antragslegitimation als unzulässig zurückzuweisen; an diese Rechtsansicht ist nach der vorgenannten Rsp auch der VwGH gebunden; dem Zweitbeschwerdeführer fehlte die Legitimation zur Erhebung einer Berufung gegen den Bescheid; durch **bloße Zustellung eines Bescheids** wird **keine Parteistellung/Berufungslegitimation begründet**

26.09.2013, [2013/07/0074](#)

WasserrechtsG; aus einem **verbücherten Veräußerungs- und Belastungsverbot** kann keine **Parteistellung** im Bewilligungsverfahren abgeleitet werden; da die Bf nicht Eigentümer des Grundstückes sind, auf dem sich der Hausbrunnen befindet wäre trotz eines dinglichen Rechts auf Nutzung des Hausbrunnens die gesetzliche Beschränkung einer solchen Nutzungsbefugnis durch § 10 WRG 1959 zu beachten; auf Grundlage des § 12 Abs 2 WasserrechtsG kann keine Parteistellung der Bf begründet werden

26.09.2013, [2013/07/0077](#)

WasserrechtsG; die gegenständliche versiegelte Fläche stellt keine **landwirtschaftlich Nutzfläche** dar, weshalb sich keine **wasserrechtliche Bewilligungspflicht** aus § 32 Abs 2 lit f WasserrechtsG ableiten lässt; der Berechnung der Überschreitung des Schwellenwerts liegt erkennbar die in beiden Häusern insgesamt gehaltene Tierzahl und die Gesamtfläche beider Grundstücke zu Grunde, sodass eine nachvollziehbare Berechnung der Belastung allein der gegenständlichen Freiflächen fehlt; gem § 59 Abs 2 AVG hat die Behörde dann, wenn die Verbindlichkeit zu einer Leistung oder zur Herstellung eines bestimmten Zustandes ausgesprochen wird, im Spruch zugleich auch eine angemessene Frist zur Ausführung der Leistung zu bestimmen

26.09.2013, [2013/07/0083](#)

AbfallwirtschaftsG; VVG; Auftrag zur **Entfernung von abgelagertem gefährlichem Abfall**; im Vollstreckungsverfahren kann die Einrede der Verjährung nicht mit Erfolg geltend gemacht werden; nach stRsp des VwGH darf eine Zwangsstrafe nicht verhängt werden, wenn die Leistung von der Partei aus tatsächlichen Gründen nicht erbracht werden kann; das Vorbringen, der Abfall kann nicht entsorgt werden da er bereits vor längerer Zeit entsorgt worden ist, widerspricht der Aktenlage

26.09.2013, [2013/07/0092](#)

WasserrechtsG; Feststellung des **Wegfalls eines Wassernutzungsrechts**; die Abweisung einer Berufung statt der gebotenen Zurückweisung mangels Parteistellung verletzte den Bf in keinen Rechten; aufgrund einer drei Jahre andauernden Betriebsunterbrechung der Mühle wegen Zerstörung wesentlicher Anlagenteile folgt, dass vor dem Zeitpunkt der Teilreparatur der Mühle das Wasserrecht bereits ex lege erloschen war

26.09.2013, [2013/07/0103](#)

VStG; bestehen **Zweifel, wem ein Antrag tatsächlich zuzurechnen ist**, so ist die Behörde von Amts wegen iSd § 37 AVG verpflichtet, sich Klarheit zu verschaffen, wer tatsächlich Antragsteller ist; die Formulierung im Plural („wir“) ist durchaus geeignet, eine Berufung der Gesellschaft sowie des tatsächlich bestraften Bf, dessen Vermögensverhältnisse einer der Gründe für die Berufung sind und dessen Name als Unterschrift aufscheint, zu indizieren

07.10.2013, [2011/17/0035](#)

SicherheitspolizeiG; DatenschutzG; das **Dokumentationsinteresse** an Protokollierungs- und Aktenverwaltungsdaten als auch elektronisch dokumentierter Akteninhalt überwiegt das Interesse des Bf an deren Löschung; ein „Kopienakt“ ist im Allgemeinen nicht als Datei zu qualifizieren

07.10.2013, [2011/17/0261](#)

SicherheitspolizeiG; AVG; kommt eine Behörde ihrer Begründungspflicht nicht nach, dann ist einerseits der Bf an der Verfolgung seiner Rechte gehindert, andererseits ist der VwGH nicht in der Lage, die Prüfung des angefochtenen Bescheides auf die Rechtmäßigkeit seines Inhaltes vorzunehmen; bezüglich der **Ermächtigung zur erkennungsdienstlichen Behandlung** wird nur auf die objektiv rechtswidrige Verwirklichung eines maßgeblichen strafgesetzlichen Tatbestandes abgestellt; § 65 Abs 1 SicherheitspolizeiG bezweckt nicht nur die Vorbeugung von einschlägigen Wiederholungstaten, sondern allgemein von gerichtlich strafbaren Vorsatzdelikten der dort genannten Rechtsgrundlagen, zum anderen dient die Einbeziehung von Vorstraftaten im Allgemeinen der Gewinnung von Erkenntnissen über die Persönlichkeitsstruktur des Betroffenen

16.10.2013, [EU 2013/0006 \(2012/04/0040\)](#)

UmweltverträglichkeitsprüfungsG; der EuGH hat festgestellt (EuGH 30.04.2009, C-75/08, *Mellor*), dass Dritte sich verwarnen können müssen, dass die zuständige Behörde nach den im nationalen Recht vorgesehenen Bestimmungen geprüft hat, ob eine **Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich** ist; der VwGH richtet nun an den EuGH die Frage, ob das Unionsrecht einer nationalen Rechtslage entgegen steht, nach der ein Bescheid, mit dem festgestellt wird, dass bei einem bestimmten Projekt keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, **Bindungswirkung auch für Nachbarn**, denen im vorangegangenen Feststellungsverfahren keine Parteistellung zukam, entfaltet, auch wenn die Nachbarn die Möglichkeit haben, ihre Einwendungen gegen das Vorhaben in diesen Genehmigungsverfahren zu erheben; für den Fall der Bejahung stellt der VwGH die Frage, ob es das Unionsrecht bei unmittelbarer Anwendung verlangt, diese Bindungswirkung zu verneinen

24.10.2013, [2011/01/0158](#)

SicherheitspolizeiG; Wegweisung und Betretungsverbot sind gleichermaßen an die Voraussetzung geknüpft, dass auf Grund bestimmter Tatsachen (Vorfälle) anzunehmen ist, ein gefährlicher Angriff auf Leben, Gesundheit oder Freiheit einer gefährdeten Person stehe bevor; diese Tatsachen müssen (auf Grund bekannter Vorfälle) die Annahme rechtfertigen, dass plausibel und nachvollziehbar bestimmte künftige Verhaltensweisen zu erwarten sein werden; bei dieser Prognose ist vom Wissensstand des Beamten im Zeitpunkt des Einschreitens auszugehen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[07.11.2013, Rs C-518/11, UPC Nederland](#)

Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste – Richtlinien 97/66/EG, 2002/19/EG, 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/22/EG – Sachlicher Anwendungsbereich – Bereitstellung eines über Kabel zugänglichen Basisangebots an Hörfunk- und Fernsehprogrammen – **Veräußerung des Kabelnetzes einer Gemeinde an ein privates Unternehmen** – Vertragsklausel betreffend das Entgelt – **Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörden** – Grundsatz der **loyalen Zusammenarbeit**

[07.11.2013, Rs C-473/12, IPI](#)

Verarbeitung personenbezogener Daten – Richtlinie 95/46/EG – Art 10 und 11 – **Informationspflicht** – Art 13 Abs 1 Buchst d und g – Ausnahmen – Tragweite der Ausnahmen – **Für die Überwachungsstelle eines reglementierten Berufs tätige Privatdetektive** – Richtlinie 2002/58/EG – Art 15 Abs 1

[07.11.2013, Rs C-442/12, Sneller](#)

Rechtsschutzversicherung – Richtlinie 87/344/EWG – Art 4 Abs 1 – **Freie Wahl des Rechtsanwalts** durch den Versicherungsnehmer – Klausel in den auf den Vertrag anwendbaren allgemeinen Geschäftsbedingungen, wonach **rechtlicher Beistand in Gerichts- und Verwaltungsverfahren** durch einen Arbeitnehmer des Versicherers gewährleistet ist – **Erstattung der Kosten für rechtlichen Beistand durch einen externen Rechtsvertreter nur, wenn der Versicherer es für erforderlich hält, die Bearbeitung der Angelegenheit einem externen Rechtsvertreter anzuvertrauen**

[07.11.2013, Rs C-322/11, K](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 63 AEUV und 65 AEUV – **Freier Kapitalverkehr** – Steuervorschriften eines Mitgliedstaats, nach denen der **Verlust aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, das in einem anderen Mitgliedstaat belegen ist, nicht vom Gewinn aus der Veräußerung von beweglichem Vermögen im Mitgliedstaat der Besteuerung abgezogen** werden kann

[07.11.2013, Rs C-313/12, Romeo](#)

Nationales Verwaltungsverfahren – **Rein innerstaatlicher Sachverhalt** – Verwaltungsakte – Begründungspflicht – Möglichkeit, im Laufe eines gegen einen Verwaltungsakt gerichteten gerichtlichen Verfahrens eine fehlende Begründung nachzuholen – Auslegung der Art 296 Abs 2 AEUV und 41 Abs 2 Buchst c der **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – **Unzuständigkeit des Gerichtshofs**

[07.11.2013, verb Rs C-249/12 und C-250/12, Tulică](#)

Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 73 und 78 – **Von natürlichen Personen getätigte Immobiliengeschäfte** – Einstufung dieser Geschäfte als steuerbare Umsätze – Ermittlung der **geschuldeten Mehrwertsteuer**, wenn die **Vertragsparteien bei Abschluss des Vertrags hinsichtlich dieser Steuer keinerlei Regelung getroffen** haben – Bestehen oder Nichtbestehen einer Möglichkeit für den Lieferer, die Mehrwertsteuer vom Erwerber wiederzuerlangen – Folgen

[07.11.2013, Rs C-225/12, Demir](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Assoziierungsabkommen EWG–Türkei** – Art 13 des Beschlusses Nr 1/80 des Assoziationsrats – **Stillhalteklausele** – **Verschärfung der zu einem bestimmten Zeitpunkt bestehenden Bedingungen** – **Begriff ‚ordnungsgemäßer Aufenthalt‘**

[07.11.2013, verb Rs C-199/12 bis C-201/12, X](#)

Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Art 13 Teil C und Art 20 – **Lieferung einer Immobilie** – Recht, für eine Besteuerung zu optieren – Recht zum **Vorsteuerabzug** – Berichtigung der Vorsteuerabzüge – Einziehung der infolge der Berichtigung eines Vorsteuerabzugs geschuldeten Beträge – Steuerpflichtiger – **Steuerpflichtiger, der mit dem Steuerpflichtigen, der den Abzug ursprünglich vorgenommen hat, nicht identisch ist** und an dem besteuerten Umsatz, für den der Abzug vorgenommen wurde, nicht beteiligt ist

[07.11.2013, Rs C-72/12, Gemeinde Altrip ua](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Umwelt** – Richtlinie 85/337/EWG – **Umweltverträglichkeitsprüfung** – **Übereinkommen von Aarhus** – Richtlinie 2003/35/EG – Recht zur Einlegung eines **Rechtsbehelfs gegen eine Genehmigungsentscheidung** – Zeitliche Geltung – Vor Ablauf der Frist für die Umsetzung der Richtlinie 2003/35/EG eingeleitetes Genehmigungsverfahren – Danach erlassene Entscheidung – **Zulässigkeitsvoraussetzungen der Klage** – Rechtsverletzung – Art des Verfahrensfehlers, der geltend gemacht werden kann – **Umfang der Nachprüfung**

B. Schlussanträge

[06.11.2013, Rs C-423/12, Reyes \(GA Mengozzi\)](#)

Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 2 Nr 2 Buchst c – **Aufenthaltsrecht** der Familienangehörigen eines Unionsbürgers – **Begriff des ‚Familienangehörigen eines Unionsbürgers, dem Unterhalt gewährt wird‘** – Pflicht des Verwandten in gerader absteigender Linie eines Unionsbürgers, der älter als 21 Jahre ist, den **Nachweis dafür zu erbringen, dass er erfolglos eine Arbeit gesucht**, bei den Behörden des Herkunftslandes Sozialhilfe beantragt und/oder auf andere Weise versucht hat, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten – **Auswirkungen** der Angaben des Familienangehörigen, der als ‚Familienangehöriger, dem Unterhalt gewährt wird‘, einen Aufenthaltstitel beantragt, in Bezug auf seine Absicht, im Aufnahmemitgliedstaat eine Beschäftigung aufzunehmen

[06.11.2013, Rs C-190/12, Emerging Markets Series of DFA Investment Trust Company \(GA Mengozzi\)](#)

Niederlassungsfreiheit – **Freier Kapitalverkehr** – Art 56 EG, 57 EG und 58 EG – **Besteuerung der Einkünfte juristischer Personen** – Dividenden, die an in Drittstaaten ansässige Investmentfonds ausgeschüttet werden – **Steuerbefreiung**

[07.11.2013, Rs C-639/11, Kommission / Polen \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 2a der Richtlinie 70/311/EWG – Art 4 Abs 3 der Richtlinie 2007/46/EG – Art 34 AEUV und 36 AEUV – **Freier Warenverkehr** – Beschränkungen – **Maßnahmen gleicher Wirkung** – Regelung eines **Mitgliedstaats, in dem Rechtsverkehr herrscht, wonach die Zulassung von Personenkraftwagen, die für den Linksverkehr ausgestattet und neu sind oder bereits in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen wurden, verboten ist** – Zulässigkeit der Anforderung, dass sich die **Lenkanlage auf der linken Seite des Fahrzeugs** befinden muss

[07.11.2013, Rs C-512/12, Octapharma France \(GA Jääskinen\)](#)

Angleichung der Rechtsvorschriften – Richtlinie 2001/83/EG – Richtlinie 2004/27/EG – Richtlinie 2002/98/EG – Anwendungsbereich – **Labile Blutprodukte** – **Plasma, bei dessen Herstellung ein industrielles Verfahren zur Anwendung kommt** – Gleichzeitige oder ausschließliche Anwendung der Richtlinie 2001/83 (in der durch die Richtlinie 2004/27 geänderten Fassung) und der Richtlinie 2002/98 – Art 168 Abs 4 AEUV und Möglichkeit der Mitgliedstaaten zur **Beibehaltung strengerer Schutzmaßnahmen für Blut und Blutderivate**

[07.11.2013, Rs C-61/12, Kommission / Litauen \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 2a der Richtlinie 70/311/EWG – Art 4 Abs 3 der Richtlinie 2007/46/EG – Art 34 AEUV und 36 AEUV – **Freier Warenverkehr** – Beschränkungen – **Maßnahmen gleicher Wirkung** – Regelung eines **Mitgliedstaats, in dem Rechtsverkehr herrscht, wonach die Zulassung von Personenkraftwagen, die für den Linksverkehr ausgestattet und neu sind oder bereits in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen wurden, verboten ist** – Zulässigkeit der Anforderung, dass sich die **Lenkanlage auf der linken Seite des Fahrzeugs** befinden muss

[07.11.2013, Rs C-47/12, Kronos International \(GA Cruz Villalón\)](#)

Niederlassungsfreiheit – Freier Kapitalverkehr – Steuerrecht – Körperschaftsteuer – Besteuerung von Dividenden – Jeweiliger Anwendungsbereich der Art. 49 AEUV und 63 AEUV – Nationale Regelung, die unterschiedslos für Kontrollbeteiligungen und Portfoliobeteiligungen gilt – Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Dividenden – Freistellungsregelung für Dividenden aus ausländischen Quellen – Anrechnungsregelung für Dividenden aus inländischen Quellen – Ungleichbehandlung der Verluste der Muttergesellschaft – Beschränkung – Rechtfertigungsgründe – Aufteilung der Besteuerungsbefugnis zwischen den Mitgliedstaaten – Gesamtkohärenz des Systems

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

07.11.2013, Beschwerde Nr. [29381/09](#) ua, *Vallianatos ua / Griechenland*

Verletzung von **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Inkrafttreten eines Gesetzes, mit dem **eingetragene Partnerschaft bloß für verschieden-geschlechtliche Paare** als weitere Form einer dauerhaften Partnerschaft neben der Ehe eingeführt wurde; **ungerechtfertigte Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare**; vor allem im Hinblick auf **europaweiten Trend**, der das Eingehen einer eingetragenen Partnerschaft auch gleichgeschlechtlichen Paaren zugänglich macht

07.11.2013, Beschwerde Nr. [31913/07](#) ua, *E.B. ua / Österreich*

Verletzung von **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Aufhebung des § 209 StGB**, der **gleich-geschlechtliche Beziehungen zwischen Männern** über 19 Jahren mit 14- bis 18-jährigen Männern unter Strafe stellte, als **verfassungswidrig**; **Verbleiben** früherer derartiger Verurteilungen im **Strafregister** stellt ungerechtfertigte **Diskriminierung** dar

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.